# Volkswirthschaftliches.

Alle für diesen Theil bestimmten Sendungen sind zu richten an den verantwortlichen Redacteur desselben [illegible] in Leipzig.

## Ueber die Hebung der Braunkohlenindustrie.

-a- Meuselwitz, 24. December. Es wird wohl selten einen Zweig der Industrie geben, der in neuerer Zeit einen so rapiden Aufschwung genommen hätte, wie die Braunkohlenindustrie. Wer sich daran erinnert, wie vor noch gar nicht zu langer Zeit die Verhältnisse in dieser Branche lagen, muß erstaunt sein über diese kräftige Entwicklung, welche ein Geschäft genommen hat, dem man vor ungefähr einem Jahrzehnt nur die ungünstigste Prognose stellte. Das frühere Darniederliegen der Braunkohlenindustrie und die jetzige Hebung derselben ist das Ergebniß einiger sehr leicht darzulegender Verhältnisse.

Die Braunkohle ist von jeher als die Stiefschwester ihrer älteren Verwandten, der Steinkohle, angesehen worden und man hatte meist sogar eine gewisse Abneigung gegen diese Art von Brennmaterial. Als sie zuerst in größerer Menge auf den Markt kam, da waren es allerdings nur wenige Werke, welche den Abbau derselben betrieben, und selbst diese hatten zuerst Mühe, sich ein Absatzgebiet zu erobern und ihre Kohlen an den Mann zu bringen. Trotzdem rentirte sich der Abbau in kurzer Zeit so, daß zur Zeit der Gründerjahre, besonders hier im Meuselwitzer Revier, neue Braunkohlengruben wie die Pilze aus der Erde schossen, jede natürlich in der Voraussetzung eines eben so lohnenden Gewinnes, wie ihn die vorher bestandenen Gruben gemacht hatten. Es war natürlich nicht anders zu erwarten, als daß diese massenhaft und plötzlich eingetretene Ueberproduction eine Reaction herbeiführte, die ein allgemeines Sinken der Braunkohlenpreise und eine Entwerthung der Kohlenfelder zur Folge hatte. Auf diese Weise wurde selbstredend diese ganze Industrie in Mißcredit gebracht.

Ihre Lebensfähigkeit mußte dieselbe sich erst selbst wieder erwerben. Es kam eine Zeit des langsamen, aber stetigen Fortschrittes. Derselbe war einestheils verursacht durch die Anlegung neuer Bahnverbindungen, welche den Transport der Kohle auch in entferntere Gegenden erleichterten resp. billiger machten, vor Allem aber durch die Beliebtheit, welche sich die Braunkohle nach und nach für Heizzwecke erwarb. Nicht zum Geringsten trug dazu bei, daß sie in handlicher und relativ großen Heizwerth besitzender Form in den Handel gebracht wurde, in Form von Naßpreßsteinen und Briquettes. Außerdem entstanden neue Systeme von Feuerungsanlagen, durch welche es möglich wurde, statt der bisher nöthigen Steinkohle auch Braunkohle zur Feuerung zu verwenden. Alle diese Umstände haben sich in ihrer Wirkung derartig ergänzt, daß die Braunkohlenindustrie jetzt in einer Blüthe steht, in welcher sie, man darf wohl sagen, noch nie gestanden hat.

Es ist sogar ganz bestimmte Aussicht vorhanden, daß dieser Aufschwung ein dauernder sein wird.

Wie stark jetzt die Nachfrage nach Braunkohle ist, geht daraus hervor, daß verschiedene Werke die ihnen gewordenen Aufträge überhaupt nicht bewältigen können. Diese Uebernachfrage führt natürlich eine Steigerung der Preise herbei, welche besonders in diesem Winter schnell vor sich gegangen ist. Zu dieser Steigerung trägt auch noch bei, daß einige Werke bereits den weit kostspieligeren Abbau des zweiten Flötzes betreiben müssen.

Die noch nicht abgebauten Kohlenfelder befinden sich zum größten Theil in festen Händen. Da nicht leicht eine Gelegenheit günstiger als jetzt ist, Braunkohlengruben anzulegen, so werden diese Kohlenfelder jedenfalls noch eine erhebliche Preiserhöhung erfahren. Kurz, es ist Alles dazu angethan, daß die jetzige gute Lage dieser Industrie sowohl Arbeitern, als auch den Gruben- und den Grundbesitzern zu Gute kommt.

## Zur „Begründung" eines Feuerversicherungs-Verbands deutscher Fabriken.

Ueber den Plan eines „Feuerversicherungs-Verbands deutscher Fabriken", der bereits von verschiedenen beachtenswerthen Seiten eine abfällige Beurtheilung erfahren hat, hat sich nun auch, wie schon kurz mitgetheilt, der „Verband deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften" in einer besonderen Schrift geäußert. Zwar könnte man, weil hier eine Partei im eigenen Interesse zu sprechen scheint, versucht sein, den Ausführungen des Verbandes kein besonderes Gewicht beizulegen. Aber dies wäre durchaus irrig. Denn vermöge seiner umfassenden Sachkenntniß und der ihm zu Gebote stehenden reichen Erfahrungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens ist zu einem maßgebenden Urtheil in dieser Sache Niemand berufener, als der „Verband deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften". Der ganze Charakter der betreffenden Schrift zeigt überdies, daß sie mit nicht genug zu rühmender Sachlichkeit die einschlägigen Verhältnisse einer ebenso eingehenden wie unparteiischen Erörterung unterzieht. Ja, man muß es sogar dem genannten Verbande Dank wissen, daß er in einer Angelegenheit, welche für die Interessen einer so zahlreichen und wirthschaftlich bedeutsamen Berufsgruppe von größter Wichtigkeit ist, offen und ohne Rückhalt seine belehrende und warnende Stimme erhebt und durch eine gründliche Darlegung der betreffenden Verhältnisse dem eigenen Urtheile der Interessenten mindestens die nöthige Unterlage bietet.

Was nun die Sache selbst betrifft, so will bekanntlich der „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" einen „auf dem Princip der gegenseitigen Selbsthilfe und der öffentlichen Selbstverwaltung fußenden Versicherungsverband deutscher Fabriken" ins Leben rufen, „welcher die Besitzer unabhängig macht von dem Belieben der heute die Versicherungsbedingungen einseitig vorschreibenden privaten Versicherungsanstalten".

Der hierin versteckte Vorwurf der Willkür und Härte der Privatversicherungsgesellschaften wird in der Verbandsschrift mit Recht durch den Hinweis auf die unbestreitbare Thatsache zurückgewiesen, daß der private Versicherungsbetrieb, wie jede wirthschaftliche Thätigkeit, in unseren Tagen unter der Herrschaft einer scharfen Concurrenz und der öffentlichen Meinung steht und sich auch dem Einflusse der günstigeren Gestaltung der allgemeinen Verhältnisse nicht entziehen kann. Außerdem haben die Fortschritte in der Versicherungswissenschaft die Versicherungsgesellschaften veranlaßt, fortlaufend ihre Bedingungen einer zeitgemäßen Auffassung und den Wünschen der Versicherten entsprechend zu ändern. So ist insbesondere, wie ja auch dem „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" bekannt sein muß, erst vor zwei Jahren vom Verbande deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften unter Mitwirkung von Sachverständigen aus den Kreisen der Versicherten eine durchgreifende Neugestaltung der „Allgemeinen Versicherungsbedingungen" vorgenommen worden, welche auch die Staatsregierungen, was wir ausdrücklich betonen wollen, durchaus befriedigt hat. Der Verband hält aber auch die neuen allgemeinen Versicherungsbedingungen nicht für so vollkommen, daß sie in der Zukunft keiner weiteren Änderung bedürftig werden könnten. Vielmehr sieht er es als seine ernste Aufgabe an, sie immer weiter zu vervollkommnen, und wird, wofür ja schon die ganze Entwickelung des privaten Versicherungswesens eine hinreichende Gewähr giebt, alle darauf bezüglichen Vorschläge aus dem Kreise der Versicherten stets in wohlwollende Erwägung ziehen.

Um die Berufsgenossen für den neuen Plan zu gewinnen, geht der Feuerversicherungsausschuß des genannten Vereins noch weiter, indem er mit sittlicher Entrüstung die geradezu naive Bemerkung macht, daß die Feuerversicherungs-Actiengesellschaften „den Gelderwerb behufs Gewinnvertheilung an die Actionaire" als ihren Hauptzweck betrachteten. Wir nannten diese Bemerkung naiv in Anbetracht der Thatsache, daß der Verein, welcher damit augenfällig eine Verdächtigung der Versicherungs-Actiengesellschaften bezweckt, selbst zum Theil aus sehr bedeutenden Actiengesellschaften besteht, deren Hauptzweck auch „der Gelderwerb behufs Gewinnvertheilung an die Actionaire" ist, ebenso wie die dem Vereine zahlreich angehörenden Einzelfirmen ihr Geschäft des Gelderwerbs wegen betreiben. Wer aber wird daraus einen Vorwurf machen? Der Gelderwerb an sich, wenn er auf redlichem Wege erzielt wird, hat ja seine volle Berechtigung, die nur von den Socialdemokraten angefochten wird. Allerdings wird auf Einschränkung der privaten Erwerbsthätigkeit auch von anderer, nicht einflußloser Seite hingewirkt, und zwar von Männern der Wissenschaft, die dem sogenannten Staatssocialismus huldigen. Zum ersten Male jedoch liegt hier der Fall vor, daß sich eine große Gruppe Gewerbtreibender diesem socialistischen Streben anschließt, nicht vom Parteistandpunkte aus oder aus wissenschaftlicher Ueberzeugung, sondern um die Grundlage für Angriffe und Verdächtigungen gegen eine andere große Gruppe von Gewerbtreibenden zu gewinnen.

Wenn nun aber jener „Hauptzweck" als die Ursache von „Schwierigkeiten und Weiterungen" bezeichnet wird, welche sich bei Schadenregulirungen „in den meisten Fällen" einstellen und zu den „größten Widerwärtigkeiten" gehören sollen, so haben wir es mit einer Behauptung zu thun, welche der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlägt. Wie die Schrift des Verbandes zutreffend bemerkt, sind die Klagen über Schwierigkeiten und Weiterungen bei Schadenregulirungen überhaupt auf die geringe Beachtung zurückzuführen, welche den allgemeinen rechtlichen Grundlagen des Versicherungswesens und den besonderen Abmachungen im Versicherungsvertrage zugewendet werden. Während bei jedem anderen Rechtsgeschäfte naturgemäß der Vertrag maßgebend ist, verlangt man von den Versicherungsgesellschaften nur zu häufig, daß sie auf ihr durch Vertrag festgestelltes Recht verzichten, und das Festhalten an demselben wird als „Schwierigkeit", „Weiterung" und „Widerwärtigkeit" bezeichnet. Wo derart irrige Auffassungen nicht vorliegen, gelingt es den Versicherungsgesellschaften ausnahmslos, die Beschädigten gemäß den durch den Versicherungsvertrag geschaffenen Verhältnissen vollständig zu befriedigen. Als Beweis dafür erinnert die Schrift des Verbandes daran, daß auf Veranlassung einer vom damaligen Staatsminister von Puttkammer in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 29. April 1887 gemachten Anregung seitens des Verbandes Folgendes festgestellt worden ist: Von den zum Verbande gehörigen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften wurden in der Zeit vom 1. Januar 1877 bis zum 30. September 1887, also in 10¾ Jahren, 180 446 Brandschäden regulirt; von dieser Gesammtzahl führten aber nur 9 zu einer Beschwerde seitens der Versicherten. Somit kam auf 20 049 Regulirungen nur eine einzige Beschwerde. Und was noch ganz besonders hervorzuheben ist: von diesen 9 erhobenen Beschwerden gab nicht eine der Behörde Veranlassung zum Einschreiten! Dies ist auch dem Herrn Minister unterm 23. Januar 1888 mitgetheilt worden, und da eine Rückäußerung darauf nicht erfolgt ist, so darf man wohl annehmen, daß die betreffenden Angaben als richtig befunden worden sind. Denn bei der hinlänglich bekannten Abneigung Herrn von Puttkamer's gegen den privaten Feuerversicherungsbetrieb wäre sicher eine Berichtigung nicht ausgeblieben, wenn die jedenfalls aufs Peinlichste erfolgte Prüfung der Angaben auch nur den Schein einer Unrichtigkeit ergeben hätte.

Das Mitgetheilte dürfte genügen, um schon den Kurzsichtigsten erkennen zu lassen, wie leichtfertig, ja unverantwortlich, weil nicht entfernt begründbar, die gegen die Privat-Versicherungs-Gesellschaften von den Vätern des Planes zu einem „Feuerversicherungs-Verband deutscher Fabriken" ausgesprochenen Verdächtigungen sind. Diese werden aber noch mehr durch den Umstand gekennzeichnet, daß die große Mehrzahl der Fabrik-Risiken in Deutschland den Versicherungsgesellschaften auf Actien in Deckung gegeben ist, während doch auch Gegenseitigkeitsanstalten um diese Versicherung werben.

## Vermischtes.

Leipzig, 25. December.

☛ Ueber die mißbräuchliche Verwendung von Spielmarken bei Zahlungen in Gold enthält das Postamtsblatt folgende Bekanntmachung: „Berlin, 20. December 1888. Neuerdings sind in Deutschland Spielmarken mit den Bildnissen des hochseligen Kaisers Friedrich und Seiner Majestät des jetzt regierenden Kaisers und Königs in den Verkehr gebracht worden, welche eine solche Aehnlichkeit mit den deutschen Goldmünzen haben, daß sie leicht zu Täuschungen mißbraucht werden können und Zeitungsberichten zufolge auch bereits zu betrügerischen Zwecken benutzt worden sind. Die Verkehrsanstalten werden hierauf mit der Veranlassung aufmerksam gemacht, bei der Annahme von Goldmünzen mit besonderer Vorsicht zu verfahren."

A. Herr Regierungsbaumeister Toepel aus Leipzig veröffentlicht in der „Lpz. Monatschr. f. Textilindustrie" einen bemerkenswerthen Artikel über den Werth der Wasserkraftanlagen. Er berechnet die Jahreskosten einer Wasserpferdekraft, einschließlich der Abschreibungen mit 200, ohne diese mit 150 ℳ und nach geschehener Abschreibung, also nach 15—20 Jahren, mit 90 ℳ, wogegen der Werth einer Dampfpferdekraft im günstigsten Falle, d. h. in der Nähe von Kohlengruben, nicht unter 300 ℳ angenommen werden kann (pro Pferdestärke 1,80 kg zu 1,20 ℳ berechnet). Sonach kommt die Dampfkraft mit den Abschreibungen dreimal so theuer wie die Wasserkraft. In England ist darum die Wasserkraft fast völlig ausgenutzt, bei uns aber noch nicht. Ja, es muß selbst wunderbar erscheinen, daß man noch alte Holzgerinne statt beweglicher Aufzüge oder noch unterschlächtige Räder statt der Turbinen verwendet. Genaue Feststellungen haben ergeben, daß der Reinertragswerth einer ausgebauten Wasser-Pferdekraft (nach Abzug der Löhne, Abschreibung auf Areal, Gebäude und sämmtliche Ein- und Vorrichtungen des Triebwerkes) 100 ℳ beträgt, so daß das Werthcapital (25facher Betrag) mit 2500 ℳ angenommen werden kann.

*— Dividendenschätzungen. „Bergisch-Märk. Bank" wieder 6 Proc., „Danziger Privatbank" 9 Proc. (9½ Proc.), „Arenberg'sche Bergwerk" 12—15 (8 Proc.), „Aplerbecker Bergbau" (Zeche Margarethe) 5—6 Proc. (3½ Proc.), „Frankfurter Güterbahn" 5½ Proc. (6½ Proc.), „Bern. Karlsruhe-Durlacher Pferdebahn" 4½ Proc. (9½ Proc.).

*— Das Salzbergwerk, die Gewerkschaft Ludwig II., hat mit der „Leipziger Bank" eine 4proc. Anleihe von 1 Million Mark abgeschlossen. Der Uebernahme-Gruppe gehören auch die Firmen Frege & Co. in Leipzig, H. F. Lehmann in Halle, Richter & Co. und Delbrück, Leo & Co. in Berlin an.

-r- Chemnitz, 24. December. Herr Oberlehrer Zöllner veröffentlicht im „Chemnitzer Tageblatt" einen längeren Artikel über die Chemnitzer Gegend in ihrer Beziehung zum erzgebirgischen Steinkohlenbau. Darnach wird schon in einer Urkunde von 1136, also 90 Jahre früher als der Freiberger Bergbau begonnen, von dem Bergwerksrechte des Chemnitzer Klosters geredet. 1375 werden die Eisengruben bei Rabenstein und 1474 die Silberzechen bei Wüstenbrand erwähnt. Chemnitzer Bürger waren besonders im 15. Jahrhundert wesentlich am Erzbau des Erzgebirges, von Schneeberg bis nach Freiberg, betheiligt. In Ebersdorf, wo erst jüngst wieder Kohlen aufgefunden wurden, war schon vor 100 Jahren ein Versuch mit dem Abbau derselben gemacht worden. Derselbe lohnte jedoch nicht, weil die Flötze zu schwach waren (½ bis 1½ Ellen) und weil sie auch zu unregelmäßig lagerten. Es wurde beim Abbau viel Geld zugesetzt. Im Anfange dieses Jahrhunderts waren Bohrversuche auf Steinkohlen bei dem Dorfe Borna, ferner bei Gablenz, Markersdorf, Harthau rc. gemacht worden, aber wegen der zu schwachen Flötze konnte man keine Schächte anlegen. Wo solche gebaut waren, blieben sie liegen, weil der Abbau der Kohlen nicht lohnend genug war. Aus allen diesen Angaben geht allerdings hervor, daß Chemnitz und seine Nachbarorte auf Kohlenflötzen erbaut sind, daß aber diese Flötze sehr schwach lagen und viel mehr Abbaukosten erfordern würden, als die gewonnenen Kohlen werth sein würden. So wird wohl auch der Ebersdorfer Kohlenfund nicht derart sein, daß daraus ein gewinnbringender Kohlenbergbau entstehen könnte.

WTB. Berlin, 24. December. Die Einlösung der am 1. Januar 1889 fälligen Zinscoupons der königl. ungarischen 4proc. in Gold verzinslichen Staats-Rentenanleihe erfolgt in Berlin bei der Direction der Disconto-Gesellschaft und bei Herrn S. Bleichröder zum Course von 20,38½ ℳ für 1 £.

*— Deutsches Leinengewerbe. Gegen die von den deutschen Flachsspinnern beantragte Erhöhung der Leinengarnzölle sind die westdeutschen Webereibesitzer beim Bundesrathe eingekommen. Die Webereingabe weist darauf hin, daß es für das Leinengewerbe verhängnißvoll sein würde, wenn dasselbe in dem Kampfe gegen die minderwerthigen Baumwollartikel durch eine weitere Zollvertheuerung des Rohstoffs neue Erschwerungen fände; sie widerlegt die Behauptung der Spinner, daß die Weberei einen erhöhten Garnzoll tragen könne, wenn eine gleichzeitige Erhöhung der Gewebezölle einträte, und thut dar, daß die Begründung des Spinnerantrages überhaupt im Wesentlichen von so schiefen Voraussetzungen ausgeht, daß dieselbe sich insbesondere hinsichtlich der Geschäftslage der Spinnereien einerseits und der Webereien andererseits große Uebertreibungen gestattet. Die Interessen der Darsteller gemischter Gewebe und die Gefährdung der Ausfuhr in allen Artikeln, zu welchen Leinengarn Verwendung findet, sind in den Ausführungen der Weber eingehend gewürdigt. Die Rückvergütung der Garnzölle bei der Ausfuhr der aus denselben hergestellten Gewebe wird zwar von den Spinnern befürwortet, die Webereibesitzer lassen sich dadurch indeß nicht beruhigen und heben sehr berechtigter Weise hervor, daß die Einführung von Garnrückzöllen bisher auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen ist. Auch von den ost- und mitteldeutschen Webereibesitzern sind die Zollanträge der Spinner in einer mit zahlreichen Unterschriften bedeckten Bittschrift bekämpft worden. Die „Köln. Ztg." bemerkt sehr richtig dazu: Die Leinengarnspinnereien haben den Zeitpunkt für ihr auf Zollerhöhung gerichtetes Verlangen sehr ungünstig gewählt. Wenn, wie man an der Börse voraussieht, die „Ravensberger Spinnerei" 10 Proc. und die „Spinnerei Vorwärts" 6 bis 7 Proc. Dividende für das Jahr 1888 geben kann, so läßt sich gerade von einer Nothwendigkeit weiteren Zollschutzes nicht sprechen.

T. Die Entwicklung der preußischen Eisenbahnen. Bis zum Jahre 1850 gab es in Preußen keine Staatsbahnen; alle Linien gehörten Privatgesellschaften. 1850 wurde die erste Staatsbahn, die Königl. Saarbrücker Eisenbahn gebaut. Und im Jahre 1886 waren 91,3 Proc. aller Bahnen im Eigenthum des Staates, 1 Proc. Privatbahnen unter Staatsverwaltung und nur 7,7 Proc. Privatbahnen mit Selbstverwaltung. Das ganze Bahnnetz in Preußen hatte bis zum 1. April des Jahres 1887 6188 Millionen Mark Anlagecapital gekostet, durchschnittlich 260 146 ℳ für 1 km. Kolossal ist die Steigerung der Einnahmen. Dieselben betrugen 1844 10¼, 1854 70, 1864 179⅓, 1874 515½, 1886 702 Millionen Mark. Die Gesammtausgaben stiegen von 5½ Millionen Mark im Jahre 1844 auf 387 Millionen Mark im Jahre 1886. Der von den Bahnen erzielte Ueberschuß stieg in der Zeit von 5 Millionen auf 314 Millionen Mark oder von 6910 ℳ auf 13 343 ℳ pro Kilometer Bahnlänge. Der Ueberschuß stieg in der dazwischen liegenden Zeit bis 1865 auf 15 435 ℳ, in den drei folgenden Jahren fiel derselbe auf 13 425 ℳ, 1871 betrug er 15 231 ℳ, fiel 1874 plötzlich auf 10 965 ℳ und bewegte sich seit 1875 zwischen 12 85 und 13 988 ohne bedeutende Schwankungen. Von der Gesammteinnahme 1886 pro Kilometer von 29 780 ℳ entfielen 7 996 ℳ auf den Personen- und 20 758 ℳ auf den Güterverkehr.

*— Abgekürzte Lebensversicherung. Die deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften hatten auch im Jahre 1887 den größten neuen Zugang in der Abtheilung der Todesfallversicherung mit abgekürzter Prämienzahlung und abgekürzter Versicherungszeit. Der reine Zuwachs der nach diesen jetzt allgemein beliebten Formen abgeschlossenen Versicherungen betrug bei den 33 Gesellschaften, deren Jahresberichte hierüber Angaben enthalten, 139 Millionen Mark im Jahre 1887, dagegen bei der gewöhnlichen Todesfallversicherung mit lebenslänglicher Prämienzahlung nur 21 Millionen Mark. Von den abgekürzten Capitalversicherungen und Lebensversicherungen mit abgekürzter Prämienzahlung waren Ende 1887 in Kraft bei der Germania 213 Millionen Mark, bei Stuttgart 109 Millionen Mark, bei Gotha 107 Millionen Mark, bei Leipzig und Karlsruhe je 91 Millionen Mark, bei Victoria 86 Millionen Mark. Am stärksten war der Zuwachs bei der abgekürzten Lebensversicherung, die als die beste Sparcasse immer mehr benutzt wird, weil sie die Versorgung der Familie bei vorzeitigem Ableben des Versicherten mit der eigenen Altersversorgung, sowie der Aussteuer von Kindern verbindet.

*— Hundert Mark Prämie. Für das beste Buchführungsbuch für Fleischerladengeschäfte setzt die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" (Berlin SW 19) einen Preis von 100 ℳ aus. Die Concurrenzentwürfe müssen bis spätestens 15. Februar 1889 in ihren Händen sein. Eine Commission, bestehend aus 3 der renommirtesten Schlächtermeister Deutschlands, wird unter Hinzuziehung eines gerichtlichen Bücherrevisors die einzelnen Entwürfe prüfen und den Preis derjenigen Buchführungs-Methode zusprechen, welche die größte Uebersichtlichkeit mit der größten Einfachheit verbindet und ohne besondere Vorbildung durchgeführt werden kann. Der Entwurf muß ein für alle Tage des Kalenderjahres abgetheiltes Buchführungsschema enthalten, so daß zu den bereits vorgedruckten Rubriken nur die Namen des Käufers resp. Verkäufers, sowie die für den Einkauf von Vieh, Fleisch rc. ausgegebenen Summen und die für den Verkauf von Fleisch, Wurst, Häuten, Abfällen rc. erzielten Einzelpreise einzuschreiben sind. Natürlich muß bei dem Entwurfe auf alle im Fleischerladengeschäft vorkommenden Waaren, Bedürfnisse rc. Rücksicht genommen sein.

*— Nähmaschinenfabrik Frister & Roßmann. Die Generalversammlung ermächtigte den Aufsichtsrath, das Actiencapital bis auf höchstens 975 000 ℳ in der Weise herabzusetzen, daß 1) entweder je vier Actien zu einer zusammengelegt werden oder daß 2) von je 2 von einem Actionair bei gleichzeitiger Zahlung von 150 ℳ nebst 5 Proc. Zinsen vom 1. Januar 1889 eingereichten Actien ein Stück vernichtet und das andere Stück, als über 300 ℳ geltend, zurückgegeben wird. Der Aufsichtsrath ist zugleich ermächtigt, die durch 4 nicht theilbaren Zahlen der eingereichten Actien bestmöglichst an der Börse zu verkaufen und den Erlös unter die Einreicher dieser Actien verhältnißmäßig zu vertheilen. — Falls die Baarzahlung nicht in genügender Höhe erfolgt, wird der Aufsichtsrath ermächtigt, das auf 975 000 ℳ herabgesetzte Grundcapital um 500 000 ℳ zu erhöhen durch Ausgabe neuer Actien à 1000 ℳ zum Course nicht unter Pari.

*— Preußisches Leihhaus. Der frühere Director, Herr Otto Haase, theilt mit, daß weder ihm noch dem Herrn Hoffmann ein gerichtlicher Beschluß zugegangen sei, wonach die Voruntersuchung wegen ihrer Thätigkeit beim Preußischen Leihhause eröffnet worden sei.

*— Berliner Kammzug-Terminbörse. Die Verhandlungen zwischen leitenden Firmen des Berliner und Leipziger Woll- und Kammzughandels haben nunmehr ihren Abschluß gefunden, indem am vorigen Sonnabend das Consortium für die Errichtung einer Kammzug-Terminbörse in Berlin sich constituirt hat. Dem Consortium gehören, wie das „B. T." meldet, u. A. die nachstehenden Firmen an: die Wollhandlungsfirmen Hergersberg u. Co., Gustav Ebell & Co., Conrad Lehmann, die Exportfirma Hardt & Co., die Bankfirma S. L. Landsberger, sämmtlich in Berlin, von Leipziger Firmen nennen wir die Kammgarnfirma Limburger jun.; an der Spitze des Consortiums steht Herr Commerzienrath Adolf Frentzel. Die Einrichtung ist genau nach dem Muster der Antwerpener Kammzugbörse geplant. Es soll eine Waaren-Liquidationscasse in Berlin und ein Sachverständigen-Schiedsgericht (Chambre arbitrale) in Leipzig errichtet werden.

*— Zur Salzconvention wird der „Berl. Börsen-Zeitung" geschrieben, daß die Preise, welche die mitteldeutschen, norddeutschen und westfälischen Salinen vom 1. Januar 1889 ab einführen, keineswegs so hoch sind, wie vielfach angenommen wird. Es gelangen nur die Preise zur Einführung, die vor 2 Jahren in Geltung waren, wodurch den Salinen wenigstens ein bescheidener Gewinn verbleibt. Auch wird in Halle kein „Verkaufsbureau", sondern nur ein „Centralbureau" errichtet.

Frankfurt a. M., 24. December. Die „Fr. Ztg." meldet: Bei dem Meeting der westlichen und südöstlichen amerikanischen Bahnen waren auch Vertreter europäischer Bankfirmen, besonders Baring Brothers, Morgan u. Co., Brown und Shipley anwesend. Dieselben erhielten die bestimmte Zusicherung, daß ein neuer Tarifkrieg nicht mehr zu befürchten sei. Die Abmachung betreffs der Wiederherstellung der Tarife ab 1. Januar sei bindend. — Aus London wird ein Goldeingang von 290 000 Pfd. Sterl. in die Bank von England gemeldet.

Frankfurt a. M., 24. December. Die außerordentliche Generalversammlung der Actionaire der Brauerei Essighaus genehmigte die Erwerbung der Brauerei Leichthorn und „die Ausgabe von 600 neuen Actien.

*— Die Zeche „Friedrich der Große" in Herne hat am 22. December nach 18jährigem Bestehen (seit 1870) zum ersten Male eine Ausbeute, und zwar 50 ℳ pro Kux vertheilt, ein Beweis dafür, daß der Bergbau viele Jahre lang große Mühen und Geldopfer gefordert, ehe derselbe zu einer mäßigen Rente gelangt. Diese Ausbeute quartaliter gerechnet, entspricht von heute ab kaum einer Verzinsung von 4 Proc. der aufgewendeten Anlagekosten. Der Vorstand spricht die Hoffnung aus, daß mit der eingetretenen Besserung des Absatzes und der Preise der erwartete Bergsegen seinen Fortgang nimmt.

*— Deutsche Genossenschaftsbank und Osnabrücker Bank erklären sich bereit, die demnächst zum 1. Juli 1889 gekündigten 4proc. Partial-Obligationen des Eisenhüttenwerkes Thale in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1889 zum Course von 101 Proc. franco Zinsen anzukaufen. Auch wird den Inhabern der gekündigten Obligationen das Vorrecht zum Bezuge der neuen 4proc. Obligationen zum Course von 102 Proc. eingeräumt, wofern die Anmeldung zum Umtausche bis zum 10. Januar 1889 erfolgt.

Hamburg, 23. December. Die Annoncenfirma Haasenstein & Vogler wird zum 1. Januar in ein Actien-Unternehmen umgewandelt. Der Abschluß erfolgte gestern in Anwesenheit des hiesigen Vertreters Ad. Vogler in Berlin, unter, wie uns Letzterer selbst mittheilt, sehr günstigen Bedingungen. Die beiden Inhaber Vogler in Hamburg und Haasenstein in der Centrale in Berlin verbleiben als Leiter des bekanntlich weit verzweigten Unternehmens, welches zur Zeit 23 Filialen in Großstädten Deutschlands, Oesterreichs, Schweiz rc. besitzt. Die näheren Details entziehen sich noch der Oeffentlichkeit. — Durch Vermittelung des hiesigen Bankhauses L. Behrens u. Söhne ist die Exportbrauerei in Gaarden bei Kiel (vormals [illegible] & Co.) in ein Actien-Unternehmen umgewandelt worden. Das Grundcapital ist auf 800 000 ℳ bestimmt. Der Kaufpreis beträgt 550 000 ℳ. — Der Kanonenkönig Krupp in Essen hat angeordnet, daß seine Riesengeschütze, soweit dieselben seewärts zu befördern sind, künftig nicht mehr über Amsterdam oder Antwerpen, sondern über Hamburg verladen werden sollen, weil hier bekanntlich sich der Riesenkrahn zu 150 t befindet, während derjenige in Antwerpen, bisher der bedeutendste, nur 140 t Hebekraft besitzt. Krupp wurde vor drei Jahren, als man die Anlage des großen Krahn's projectirte, überhaupt mit zu Rathe gezogen und empfahl im Verein mit anderen Sachverständigen die Anlage in dem heutigen Umfange als eine Nothwendigkeit für den ersten deutschen Hafen. — Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft hat einen Complex älterer Häuser am Dovenfleth beim Zollcanal erworben und bereits abbrechen lassen, um auf dem Terrain ein geräumiges Directionsgebäude zu erbauen. Es ist nebenbei von Interesse, daß bei dieser Gelegenheit das älteste Haus in Hamburg, 1530 erbaut, abgebrochen wurde. (W. Z.)

Hamburg, 23. December. Hamburg-Calcutta-Linie. Diese neugegründete Dampfschiffs-Gesellschaft ist jetzt ins Handelsregister eingetragen worden. Das Grundcapital ist 4 500 000 ℳ und voll gezeichnet. Zweck der Gesellschaft ist Betrieb einer Dampfschiffsverbindung zwischen Hamburg und — oder anderen europäischen Plätzen und Ostindien. Als Gründer sind 112 Personen und Gesellschaften angeführt, überwiegend den ersten hiesigen Handelskreisen angehörend.

Breslau, 24. December. In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsraths der Vereinigten Breslauer Oelfabriken legte die Direction den Rechnungsabschluß für das erste Semester, welches vom Juni bis November läuft, vor. Das Ergebniß weicht nicht wesentlich von dem vorjährigen ab. Die sonstigen Mittheilungen über die Geschäftslage lauteten befriedigend.

Breslau, 24. December. Nach erfolgter Zustimmung der Belgischen Werke ist der Fortbestand der Internationalen Zink-Uebereinkunft bis Ende 1889 gesichert.

*— Actien-Gesellschaft für Malzfabrikation und Hopfenhandel, vorm. Schröder-Sandfort. Der Geschäftsbericht über das erste Betriebsjahr weist einen Rohgewinn von 188 319 ℳ und einen Reingewinn von 56 073 ℳ auf, zu dem noch aus einem Vertragsverhältniß mit der Rheinischen Bierbrauerei 38 377 ℳ kommen, so daß 94 449 ℳ zur Verfügung der Actionaire stehen. Der Aufsichtsrath schlägt vor, hiervon 90 000 ℳ zur Zahlung einer 4½procentigen Dividende zu verwenden.

*— Professor Dr. Schweninger's Sanatorium, Heidelberg. In dem Proceß, welchen die Verwaltung des Sanatoriums gegen mehrere Actionaire führt, weil dieselben sich weigern, die restliche Rate von 20 Proc. auf die mit 80 Proc. eingezahlten Interimsscheine einzuzahlen, hat heute das hiesige Oberlandesgericht das Sanatorium mit seiner Klage unter Verurtheilung in die nicht unbedeutenden Kosten beider Instanzen abgewiesen und zwar deshalb, weil die Einberufung der Einzahlung nicht mehr die nothwendige Anzahl von Aufsichtsraths-Mitgliedern im Amt war. (Frkf. Ztg.)

✕ Von der böhmischen Grenze, 24. December. Die böhmischen Flachsbauer haben in einer jüngst abgehaltenen Versammlung beschlossen, an die Regierung eine Bittschrift um Einführung eines Flachszolles zu richten (es handelt sich hier um russisches Erzeugniß); doch soll ein Jahr vor dem Zeitpunkte, wo der Flachszoll in Kraft tritt, den Flachsbauern und Flachsspinnern davon Mittheilung gemacht werden. Um nun seitens der Leinenfabrikanten und Flachsspinner nicht in der Verwirklichung dieses Wunsches behelligt zu werden, sollen diese von den Schritten der Flachsbauer benachrichtigt werden. Zur Hebung des Flachsbaues sollen Flachsausstellungen veranstaltet werden. Im nächsten Jahre werden wahrscheinlich solche in Königgrätz und Trautenau stattfinden. — Das Comité für die Bahn Karlsbad-Johanngeorgenstadt wird nächstens seine Thätigkeit zur Verwirklichung des alten Planes wieder beginnen.

Wien, 24. December. Wie die „Pol. Corr." aus Pest erfährt, dürfte die Gruppe Creditanstalt-Rothschild die ungarische Conversion Mitte Januar mit den Grundentlastungs-Obligationen beginnen. — Die Eventualität der Beschlagnahme der Eisenbahn Heidar Pascha-Ismidt wird durch die Pforte wieder sehr in den Vordergrund gerückt.

*— Panama-Canal-Gesellschaft. Der „Economiste français" macht folgenden Vorschlag für die Weiterführung des Unternehmens. Eine kleine Gruppe muß sich mit einem Capital von einer Million Francs zur Erkundung der Panama-Verhältnisse durch unparteiische, tüchtige Sachverständige zusammenthun. Stellen die Erhebungen fest, daß ein Schleusencanal mit 4—500 Millionen Francs Kosten und ein schleusenloser Canal mit 7 bis 800 Mill. Francs Kosten hergestellt werden kann, so wäre eine neue Actiengesellschaft mit 250 Millionen Francs Actiencapital zu bilden, welches höchstens 3½ Proc. Bauzinsen bezieht, aber große Vorrechte auf Ertrag hat, ehe das alte Capital Ansprüche auf Verzinsung erheben kann. Das weiter erforderliche Baucapital ist gegen 5 bis 6 Proc. Zinsen anzuleihen, kann aber auch [illegible] durch Ausgabe der restlichen Panama-Loose, für welche der planmäßige Tilgungsbestand fast vollständig vorhanden ist, aufgebracht werden. Bei der Beschaffung des Capitals sei man fast gänzlich auf Frankreich angewiesen, da die capitalkräftigen großen Staaten nichts beitragen würden, die andern aber nichts leisten könnten. Es müßte also eine starke Bankgruppe für den Zweck in Frankreich geschaffen werden.

Brüssel, 24. December. Laut „Revue industrielle" sind die belgischen Spiegelglaswerke übereingekommen, ein neues Spiegelglas-Syndicat zu errichten.

Stockholm, 24. December. Der Carlshamn Spritfabrik ist von der Regierung die bis zum Jahresschlusse ertheilte Erlaubniß, ihre Spritbestände von dem Freilager in Carlshamn steuerfrei zu exportiren, bis zum 31. März 1889 verlängert worden.

WTB. Petersburg, 24. December. Bis 1. October d. J. betragen die gesammten Reichseinnahmen 586 100 000 Rubel gegen 521 200 000 Rubel im Vorjahre, die gesammten Reichsausgaben 561 500 000 Rubel gegen 537 400 000 Rubel im Vorjahre.

Petersburg, 24. December. Der Verkehr auf der Bahnstrecke Orlow-Asow ist wieder frei. Die Verwaltung übernimmt vorläufig keine Garantie für pünktlichen Gütertransport. (B. B.-Z.)

WTB. Bukarest, 24. December. Die Deputirtenkammer beschloß, die Vorlage betreffend die Eröffnung eines Credits von 28 Millionen Francs zum Zwecke der Zurückziehung der Hypothekenbillets der „Nationalbank" in Erwägung zu nehmen.

*— Vom englischen Geldmarkte. Der Hauptfactor für die gegenwärtige Lage des Geldmarktes ist die schwache Position der Bank von England, welche nach ihrem letzten Wochenausweise 1½ Millionen Pfd. Sterl. Gold weniger hatte als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Durch die nahevermuthete russische Goldsendung wird sich zwar der Status vorübergehend kräftigen, aber diese Transaction ist eine außergewöhnliche, anscheinend nur unternommen, um die Börse zu beeinflussen, und es ist sicher, daß das jetzt mit so lauter Ankündigung gesandte Gold auch wieder zurückgezogen werden wird. Der Londoner „Economist" hält daher für angezeigt, für Beurtheilung der Zukunft des Marktes diese Bewegung außer Betracht zu lassen. Andererseits trete die Bank von England das neue Jahr mit reducirtem Baarbestand an, so daß sie fortgesetzt darauf bedacht sein müsse, Gold von auswärts anzuziehen. Für diesen Zweck scheint dem Cityblatte die Rate von 5 Proc. nicht wirksam genug, mindestens müsse aber noch lange daran festgehalten werden. Wenn daher auch die Auszahlung der Dividenden und sonstigen beim Jahreswechsel fälligen Zahlungen eine zeitweilige Erleichterung des Geldmarktes herbeiführen mögen, so sei doch ein nachhaltiger Rückgang des Geldwerthes noch für geraume Zeit nicht zu erwarten.

*— Die englische Regierung publicirt folgenden Auszug aus einem Berichte über die Goldfelder des Witwatersrand (Transvaal), der ihr de dato 23. October a. c. von ihrem officiellen Vertreter in Pretoria zugegangen ist. „Am 18. September dieses Jahres besuchte ich in amtlicher Eigenschaft Johannesburg, woselbst ich mich eine Woche aufhielt und die Gelegenheit benutzte, die bedeutendsten Minen des Witwatersrand-Goldfeldes in Augenschein zu nehmen. Die Stadt Johannesburg hat seit meinem Besuche im September 1887 einen fast wunderbaren Aufschwung genommen. Sie ist gut angelegt, besitzt alle Hülfsquellen und Einrichtungen der Städte der Cap-Colonie und hat solid und zweckmäßig gebaute Häuser, die meist aus Sand- oder Backstein errichtet sind; der Ort als Ganzes zeigt eine Entwickelung, wie ich sie erstaunlicher nie kennen gelernt habe. Die Bewohnerzahl schätze ich auf 12 000, ungerechnet die Eingeborenen. Die Bevölkerung der Grubenfelder ist weit zahlreicher, läßt sich jedoch schwer feststellen. Den Bergbau selbst anlangend, lassen sich große Fortschritte constatiren, indem fast an allen Stellen die anfangs sehr oberflächliche Bearbeitung des Bodens zu Gunsten eines gründlichen, auf gesunde Principien basirten Betriebes aufgegeben worden ist. Im verflossenen Jahre hat es hier und da an Arbeitskräften, Brennmaterial und Betriebs-Capital gefehlt; doch sind in den meisten Fällen diese Schwierigkeiten beseitigt worden. Der Kohlenreichthum des Districts ist in der Ausbeutung begriffen und Maßnahmen sind getroffen, um eine regelmäßige Kohlenzufuhr sicher zu stellen. Arbeiterbehausungen sind errichtet worden und viele Gesellschaften haben sich durch Reorganisation eine gesündere und capitalkräftigere Basis geschaffen. Während des verflossenen Jahres sind die Minen-Actien sehr im Werthe gefallen, theils aus den bereits angegebenen Ursachen, theils in Folge des commerziellen Zusammenbruchs in Kimberley und der Diamantenbörse. Wie es aber auch immer auf der Actienbörse aussehen möge, von dem Grubengebiete selbst darf

SLUB
Wir führen Wissen.